Regierungspläne

# E-Bus-Quote für den ÖPNV?

**[20.01.2021] Die Bundesregierung will nach einem Bericht des Tagesspiegel per Gesetz vorschreiben, dass 45 Prozent der neuen Linienbusse in Zukunft sauber oder emissionsfrei sein müssen.**

Die öffentliche Hand soll per Gesetz zur Verkehrswende verpflichtet werden. Das berichtet der Tagesspiegel in seiner Online-Ausgabe vom 19. Januar 2021. Ein Großteil der neu anzuschaffenden Fahrzeuge soll demnach künftig mit alternativen Antrieben ausgestattet werden. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll von der Bundesregierung schon am 20. Januar 2021 beschlossen werden und im August 2021 in Kraft treten. Der Entwurf sehe vor, dass nicht nur Behörden und Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu einer entsprechenden Quote verpflichtet werden, sondern auch Entsorgungsbetriebe, Paket- und Postzusteller. Dieselfahrzeuge sollen als Erfüllungsoption ausdrücklich ausgenommen sein. Zugelassen würden hingegen Gasantriebe (Flüssiggas – LPG, verflüssigtes Erdgas – LNG und komprimiertes Erdgas – CNG sowie synthetisches Erdgas – SNG) sowie sonstige synthetische oder nachhaltig produzierte Biokraftstoffe und Elektroantriebe inklusive Plug-in-Hybride sowie Brennstoffzellen.
Die Unternehmen sollen bis zum Jahr 2025 in ihren Flotten 45 Prozent saubere und emissionsfreie Fahrzeuge führen. Bis Ende 2030 sollen dem Bericht nach folgende Quoten gelten: 35 Prozent Dieselbusse, 32,5 Prozent Busse mit Gas oder synthetischen Kraftstoffen sowie 32,5 Prozent vollelektrische Busse oder ähnliche Technologien. Ausnahmen sollen nur für Feuerwehren, Polizei, Rettungsdienste sowie Bundeswehr gelten. Den Bundesländern soll es zudem freigestellt sein, noch schärfere Quoten einzuführen.

(ur)

Bericht im Tagesspiegel vom 19. Januar 2021

Stichwörter: Politik, alternative Kraftstoffe, E-Bus, Elektromobilität, EU